

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heintmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, kleine Beiträge u. d.
zunächst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzufenden.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
13 der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— Mk. Expedition und Druck von
Joh. van Veen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 65.
Fernsprech-Nr. 1368.

Nr. 19. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 9. Mai 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

„Genosse“ Kuhn macht Schule.

Zur Einführung des Dreifüßsystems in Aachen.
Nachdem man im Januar dieses Jahres den be-
kannnten Fikaleiter der Genossen, Feinhals, gehen
ließ, weil er in den Jahren seines Wirkens in
Aachen auch nicht das geringste für die Arbeiter-
schaft geleistet hat, stellen die „Genossen“ den Herrn
Kuhn aus St. Lönis als Fikaleiter an. Der soll
es nun besser machen.

In dem ersten Monat seines Hierseins hat
Kuhn nichts anders getan, als gegen den christ-
lichen Verband gewettert. Und das ganz nach
Genossen-Art. Es sind überhaupt Leute mit einer son-
derbaren Konsequenz, diese Genossen. Sie dulden,
daß in Vera ihre Freunde solche Artikel auf zwei
Stühlen verweben, die hiesige Arbeiterinnen und
Angehörige unseres Verbandes auf dem Doppelstuhl
zu verweben gezwungen haben. Einige zwanzig Ar-
beiterinnen wurden infolge dieser Verweigerung ge-
regelt. Die Genossen aber als heilige Wächter der
Arbeiterinteressen arbeiten auf dem Doppelstuhl
lustig weiter. Ja, ja, diese Genossen!

Auch Kuhn mußte zeigen, daß er auf dem
Posten ist. Gelegenheit hierzu gab die Aachener
Bewegung zwecks verdruckter Einführung des
Dreifüßsystems. Nachdem Kuhn seine Weisheit in
altem, aufgewärmtem Pöhl in einer Anzahl Flug-
blätter der Deffentlichkeit mitgeteilt hatte, setzte er
sein Gebahren im „deutschen“ Textilarbeiter
fort. Aus welchem Grunde, ist leicht ersichtlich.
Hier in Aachen ist dieser neugebackene Fikaleiter
mit seinem Flugblattschreiben dermaßen auf die
Strümpfe geraten, daß man in den letzten Wochen
seitens der Genossen auch nichts mehr von dem
Fingergeschrei vermisst, womit man einen mög-
lichst großen Mitgliederzuwachs zu treiben gedachte.
Ueber allen Wipfeln ist Ruhe!

Im „Textilarbeiter“, Organ des roten Verbandes,
nimmt sich Kuhn zu seinem Werke einen Artikel
des Gauleiters Reimes (Krefeld) aus der „Gleich-
heit“ zu Hilfe. Ein Artikel, der über die katho-
lischen Arbeiter und katholische Gebrauche dermaßen
hohlt, spottet, verdröhelt, Einzelheiten, gleichviel
in welchem Beruf und in welcher Zeit sie vorgekommen
sind, veralgemeinert, daß man nicht weiß, worüber
man sich mehr wundern soll, über die bodenlose
Dummheit und Gemeinheit des Artikelschreibers,
oder über den fanatischen Katholikentum der Ge-
nossen. (Wir werden unsern Lesern dieses Nachwort
in der nächsten Nummer zur Kenntnis geben. Es
mußte für diese Nummer zurückbleiben. D. R.) Doch
Religion ist den Genossen ja Privatangelegenheit.
Und ein solcher Schmuzartikel wird mit dem Doppelstuhl
in Verbindung gebracht und soll als Einleitung für all
die Lügen dienen, die die Genossen bis jetzt auf-
getischt haben und wahrscheinlich noch aufzuzählen
werden.

Auf all die Unwahrheiten des Kuhnischen Ge-
schreibels einzugehen, halten wir für überflüssig, da
dieses in Aachen durch eine Serie Flugblätter
in der Form geschehen ist, daß die Genossen die
Kaje voll bekommen haben. Genosse Kuhn als
Sachverständiger in der Frage des Dreifüßsystems
muß ja wissen, ob letzterer sich für die leichten
Aachener Artikel eignet oder nicht, da er prak-
tische Erfahrungen bei Bedienung des
Dreifüßsystems in St. Lönis (Firma König-
berger) gemacht hat. Er gibt zu, daß der
Dreifüßstuhl an andern Industriestellen längst ein-
geführt und von den „Genossen“ geduldet
wird. Der Doppelstuhl sei aber nur in der Seiden-
industrie, Phantasiematerialfabrikation und für andere
leichte Gewebe eingeführt, aber für den Aachener
Bezirk mit seinen schweren Herrenstoffen eigne
her selbst sich nicht. Gut getrübt, Löwe! „Genosse“
Kuhn scheint trotz all seiner Sachkenntnis nicht zu
wissen, daß es sich in Aachen bei der Einführung
des Dreifüßsystems nicht um die schweren Herren-
stoffe, sondern um die leichten Stapelartikel
handelt. „Genosse“ Kuhn scheint trotz der gewerkschaft-
lichen Kenntnisse, die er für sich beansprucht,
nicht zu wissen, daß diese Artikel von seinen
Genossen in Sachsen-Thüringen für die Aachener
Unternehmer auf dem Doppelstuhl hergestellt
werden. „Genosse“ Kuhn scheint auch nicht zu
wissen, daß wir seinem Vorgänger 200 Mark ge-
boten haben, wenn er den Gegenbeweis
erbrachte.

Die Aachener Textilarbeiter-Schaft hat nahezu 12
Jahre erfolgreich gegen die Einführung des Doppel-
stuhls gekämpft. Der „deutsche“ Textilarbeiter-
verband, der jahrelang mit 300 Männern bestand
hat nach seinen letzten Feststellungen jetzt noch
eine 1000 Mitglieder in Aachen und Umgebung zu-
sammengeworben, ist hierbei wenig oder gar nicht
beteiligt gekommen. Wenn die „Genossen“ hier
wie an anderen Stellen die Führung hätten, wir
wollten 100 gegen 1 wetten, daß Aachen dann längst
schon mit dem Doppelstuhl arbeitet. Denn wie
der „deutsche“ Verband und die andern „Genossen“
über den Doppelstuhl urteilen, dafür folgende Beweise.
Schon 1896 empfahlen die Führer der Fikale Aachen
des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes das Dreifüß-
system mit folgender Begründung:
„Das Dreifüßsystem ist ein Fortschritt der Technik
und mit der Technik muß man fortchreiten. Das
Dreifüßsystem läßt sich nicht aufhalten, es bedeutet
den Fortschritt der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter.“
Der Doppelstuhlbewegung 1906 schrieb der
„Textilarbeiter“:
„Es kommt sich nur auf die Art der Gewebe
an, ob der Doppelstuhl oder Dreifüßsystem zu emp-
fehlen ist. Die freie Zeit ist nicht vernachlässigend auf
den Betrieb des christlichen Kollegen. Wenn der
zweite Stuhl leer steht, wird Lebensmittel mitgebracht.“
In Nr. 15 vom 13. April 1908 nannte das
Organ der „Genossen“ die seitens unseres Verbandes
am Schiedsgericht festgelegten Bedingungen „eine
ungünstigen für die Arbeiterschaft.“
Aber aus rein agitatorischen Gründen wurden
die christlichen Führer als Verräter beschimpft. Der
Gauleiter Reimes erklärte 1906 im Frankfurter
Bierkeller in Aachen in einer Genossenversammlung:
„Wenn bei einer schlichten Konjunktur die
Fabrikanten Ernst machen mit der Einführung
des Dreifüßsystems, dann ist der christliche und
auch der deutsche Verband nicht in der Lage,
dasselbe von Aachen fernzuhalten.“
Doch die Agitation ging den Notizen vor der sach-
lichen und ruhigen Beurteilung der Situation. Beweis:
die Ausführungen des Gauleiters Reimes (Krefeld) auf
der letzten Generalversammlung des deutschen Textil-
arbeiterverbandes, Protokoll, Seite 102 steht wörtlich:
„Ich erinnere nur an den Artikel über das
Dreifüßsystem. Hier waren so unglückliche Be-
hauptungen aufgestellt, daß wir uns fragten, ob
diese einem Unternehmerviertel entnommen
seien. Das eine kann ich mir darüber sagen:
würde die Redaktion nur eine Ahnung davon
gehabt haben, welche Ansicht wir und der Vor-
stand darüber hatten, dann wäre es ausgeschlossen
gewesen, daß unsere Agitation so geschädigt wer-
den konnte durch unser eigenes Fachblatt.“
Auf diese Ausführungen erwidert Redakteur
Wagner Seite 107 des Protokolls:
„Sinnfälligkeit des Artikels über die Einführung des
Dreifüßsystems kann ich mir sagen, daß er von einem
mit der Materie vertrauten Thüringer Kollegen vor-
getragen wurde und ich annehmen mußte, der Inhalt zu
zutreffend. Sehr habe ich mich aber gewundert, daß
gar kein Streit darüber bestand, insoweit das
Dreifüßsystem für andere Orte abgelehnt sei.“
Die sozialdemokratische Kolonialbüro schrieb im
Februar 1907 über die Einführung des Doppel-
stuhls bei der Firma Königberger:
„St. Lönis. Man kann ruhig prinzipieller Ge-
gner des Dreifüßsystems sein, um dennoch zugeben zu
müssen, daß die Einführung dieses Systems auch bei
der Firma Königberger nur eine Frage der Zeit ist.
Um aber allen unrichtigen Gerüchten hierüber die Spitze
abzubrechen, sei festgestellt, daß die Belegschaft nach
wie vor vollständig organisiert ist, das Dreifüßsystem
kann also nur auf dem Wege der Verhandlung Eingang
finden.“
Der Doppelstuhl hat dort Eingang gefunden.
„Genosse“ Kuhn war mit dabei und hat dort
als einer der ersten auf dem Doppelstuhl
gearbeitet. Die „Genossen“ haben sich alle Mühe
gegeben, in den christlichen Reihen Mitgliederfang
zu betreiben. Sie verschrieben sich Leute wie Reimes,
Feinhals, Kuhn; auch der Aachener Vorstands-
rat das Seine dazu. Jeder Gegner des Doppel-
stuhls wurde aufgefordert, sich dem sozial. Textil-
arbeiterverbande anzuschließen, um den Doppelstuhl
von Aachen fernzuhalten. Und — o Schicksal!
Wie sieht es in den Domänen der Genossen aus?
Während „Genosse“ Kuhn sich in Aachen ab-
müht, um ein Duzend Gegner des Dreifüßsystems
einzufangen, kommt aus Thüringen die Heißbohne,
daß man die Dreifüßweber aus dem Ver-
band ausschließen muß. Der „Textilarbeiter“
schreibt in Nr. 13 vom 27. März 1908 hierüber:
„Der Geschäftsgang war bis zum Schluß ein
guter zu nennen. Eine Anzahl 1908 aufgenommene
Statistik im Gera-Grütz-Meißener Bezirk zeigt aber die
Anfänge schlechten Geschäftsganges.“
In 10 abgegangenen Betrieben waren 22017 Weh-
kräfte vorhanden, wovon 17372 mit 730 Ein-
und 2222 Dreifüßbedienungen (1904) weibliche be-
setzt waren. Seitdem der Verband die Kontingenz
drückte, daß das Bedienen von mehr als zwei Weh-
kräften in den Kammerwebereien den
Ausfluß aus dem Verbande zur Folge hat,
sind nur wenige Ueberzeugungsfälle zu verzeichnen.“
Also in Sachsen und Thüringen dürfen die Ge-
nossen zwei Stühle bedienen, nur keine drei. Wenn
die Genossen sich christlich mit dem Doppelstuhl be-
schäftigen, dann müßte der deutsche Verband längst
den Beschluß gefaßt haben, alle diejenigen aus dem
Verbande auszuschließen, die zwei Stühle bedienen.
Der deutsche Verband will nur die Gegner
des Dreifüßsystems als Mitglieder aufnehmen, aber
Genosse Kuhn, warum werden denn in euren
Domänen alle die tausende Dreifüßweber
geduldet?
Der Widerstand der Aachener Textilarbeiter-Schaft
gegen die Einführung des Doppelstuhls war stets
von der Hoffnung getragen, daß der „deutsche“ Ver-
band in seinen Domänen den Doppelstuhl
abzuschaffen würde. Noch in den vom sozial.
„Textilarbeiter“ anerkannten Bedingungen vom
Jahre 1906 war festgelegt, daß Aachen auf den
Doppelstuhl verzichten würde, wenn an-
dere Industriestellen abgeschaffen. Dieses
war dem „deutschen“ Textilarbeiterverband bekannt,
er hat aber bis jetzt keine Hand gerührt,
Aachen die Konkurrenz vom Halbe zu
schaffen. Vielmehr sind die Genossen
immer mehr dazu übergegangen, in ihren
Bezirken die Aachener leichten Artikel
auf dem Doppelstuhl zu verweben. So sind
im vorigen Jahre über 15000 Stück Tuch nach
Aachen gekommen, die in Sachsen, Thüringen ge-
schoren, gefärbt, gewoben, genest und gestreift waren,
während hier in Aachen 1000 Textilarbeiter weniger
beschäftigt sind als im vorigen Jahre. Heute wäre
die Aachener Textilarbeiter-Schaft froh, wenn sie alle
die Arbeit verrichten könnte, die ihr die „Genossen“
mit dem Doppelstuhl weggenommen haben.

In Merane haben die „Genossen“ vor einigen
Jahren bei Einführung eines Lohnartikels die auf-
gestellte Forderung „Weschaffung des Doppelstuhls“
fallen lassen. Jetzt bei der Dreifüßbewegung in
Thüringen wagt der „deutsche“ Verband nicht, diese
Forderung gegenüber den Fabrikanten zu stellen,
sondern er belächelt den Dreifüß nur dadurch,
daß er seine Mitglieder (die Dreifüßweber) aus
dem Verbande ausschließt. Nach dem Vorgehen
Kuhn und Genossen muß der „deutsche“ Verband
ebenso wie die Dreifüßweber auch die Doppel-
stuhlweber ausschließen, denn in Aachen will man
nur Einstuhlweber im „deutschen“ Verband dulden.
Was doch für Aachen recht ist, muß für Thüringen
billig sein. Die Tatsache steht fest, daß die Aachener
Textilindustrie in den letzten 15 Jahren zurück-
gegangen ist, während andere Industriezweige in
denselben Zeitraum 40—100 Prozent gestiegen sind.
Und der „deutsche“ Verband hat es gedul-
det, daß fast alle die leichteneren Artikel,
die Aachen früher als eigene Ware auf
den Weltmarkt brachte, von seinen Mit-
gliedern hergestelt werden.

Nun zu den tatsächlichen Fragen. Wie schon an-
geführt, hat Genosse Reimes vor zwei Jahren erklärt,
daß der Doppelstuhl bei einer schlechten Konjunktur
nicht von Aachen fernzuhalten sei. Die schlechte
Konjunktur haben die Arbeitgeber auch abgewartet,
um mit der Sache ernst zu machen, weil nach ihren
Erklärungen der Versuch mit den früheren Be-
dingungen nicht möglich war. Die Sachlage ist die:
Über 1000 Arbeiter sind weniger beschäftigt, Hun-
derte von Wehkräften stehen still, die Läger sind
zum großen Teile gefüllt, und da sollte nun nach
Anschluß der „Genossen“ ein nutzloser Kampf begonnen
werden, um nach einigen Wochen zu Kreuze zu
ziehen und um die Arbeit auf dem Doppel-
stuhl ohne jegliche Bedingungen wieder auf-
zunehmen. Des weiteren befindet die Gefahr, daß
der Doppelstuhl mit auswärtigen Arbeitern eingeführt
wurde, und dann bekam die Arbeiterschaft ebenfalls
keine günstigen Bedingungen. In einem Be-
triebe hat man dieses mit thüringischen
Arbeiterinnen fertig gebracht. Bei der
Arbeiterbewegung schrieb der rote „Textil-
arbeiter“ spaltenlange Artikel über tatsächliche und all-
gemeine Fragen, über Ausflüchte für Verlierer und von
Gewinnung des Kampfes. Dieses scheint alles von
den „Genossen“ Kuhn nicht beachtet zu sein. Was
für Krefeld zutrifft, trifft jetzt ebenfalls, wenn nicht
in weit größerem Maße, für Aachen zu. Führer
der Arbeiterschaft, wie sie sich hier in Aachen im
roten Lager entpuppt haben, kann man, gefinde ge-
sagt, nicht mehr ernst nehmen. Es gibt Führer, die
aus rein agitatorischen Gründen die Arbeiterschaft
aufheben, um sie in namenloses Elend zu stürzen.
Ein Kampf mit unabsehbaren Folgen wäre bei einem
Widerstande entbrannt und auf der ganzen Linie
verloren gegangen. Die christlichen Führer waren
ehrlich genug, dieses der Arbeiterschaft vorzuhalten.
Die „Genossen“ jedoch haben dieses alles verdröhelt,
nur um Mitgliederfang zu treiben. „Man kann
eben mehr lügen durch Schweigen, als
durch Reden.“ jagte Feinhals 1906. Ein Ver-
führer an der Arbeiterschaft ist der, der den Ar-
beitern die Wahrheit vorenthält. Ein Schuft
derjenige, der die Arbeiter in einen nutzlosen
Kampf hineinzupfeifen versucht.

Aber nicht nur haben die Genossen allgemein die
Wahrheit verdröhelt, auch im Einzelnen sind sie
mit Unwahrheiten und Verdrehungen vorgegangen,
die jeder Beschreiber spotten. Besonders hat
hieran der Gernegroß Kuhn das möglichste geleistet.
Erstens fälscht Kuhn in seiner Erklärung in
Nr. 16 die vereinbarten Bedingungen. Diefelben
lauten:
1. Wegen Einführung des Dreifüßsystems dürfen keine
Arbeiterentlassungen stattfinden.
2. Komplizierte Arbeiten dürfen auf dem Doppelstuhl
nicht verwehrt werden. (Die Artikel, die für den Doppel-
stuhl verwehrt werden sollen, sind in dem Schreiben
an den Herrn Oberbürgermeister festgelegt.) Nach
diesem sollen Verträge gemacht werden in folgenden
Artikeln: Corzhosen, Crepe, achtstüchtige Kammergarn,
lugeannte schließliche Tröcke, Drapés, Cattinware.
3. Der Doppelstuhlweber muß bei Affordarbeit seinen
Durchschnittsverdienst des letzten Jahres und 20%
von diesem Durchschnittsverdienst verdienen.
4. Arbeiter der Weber auf dem Doppelstuhl in Tagelohn,
so erhält er den Durchschnittslohn des letzten Jahres
und 15% als Mindestlohn.
5. Es sollen die als Doppelstuhl verwendeten Maschinen
mit Schutzwächern versehen sein und die Weh-
richtungen berichtigt getroffen werden, daß der Weber
oder die Weberin am Doppelstuhl in der Lage ist,
ununterbrochen zu weben.
6. Nach der Versuchzeit (1/2 Jahre) wird das Schieds-
gericht zusammengesetzt und weitere Bedingungen
festgelegt.
Kuhn waren diese Bedingungen bekannt.

Zweitens versucht er in Nr. 16 des „Textil-
arbeiters“ die Sache so darzustellen, als wenn es
sich um die schweren Aachener Herrenstoffe handelte.
Kuhn weiß sehr gut, daß dieses nicht der
Fall ist, jedoch auf eine Lüge mehr oder weniger
kommt es ihm nicht an.
Drittens schreibt Kuhn in dem genannten Ar-
tikel:
„Mit etwa hundert gegen dreißig Stimmen bei
ungefähr 1000 Zusammenstellungen wurde die eine
Resolution (betreffend das Dreifüßsystem) angenommen.“
Kuhn weiß, daß dieses unwahr ist, denn sämtlich
Aachener Tageszeitungen, gleich welcher Schattierung,
haben berichtet, daß die Resolution mit großer
Majorität angenommen wurde.

Die Mitglieder unseres Verbandes leisten eben
mit ihren Führern die Ansicht, daß von zwei Uebel-
das Kleinste zu wählen sei, und daß bei einem
Kampfe das Ende weit schlimmer werden würde,
als der Anfang. Und sie taten klug daran.

Die Mitglieder unseres Verbandes leisten eben
mit ihren Führern die Ansicht, daß von zwei Uebel-
das Kleinste zu wählen sei, und daß bei einem
Kampfe das Ende weit schlimmer werden würde,
als der Anfang. Und sie taten klug daran.

Der „Fall Behrens“.

Es sind in den letzten Wochen innerhalb unserer
christlichen Arbeiterbewegung Dinge vorgekommen,
die durchaus nicht erfreulicher Natur sind, und von
denen jeder Freund nur wünschen kann, daß sie das
erste und letzte Mal passiert sind. Die Abstimmung
des Kollegen Behrens, Generalsekretär des Gewerk-
vereins christlicher Bergarbeiter, zum bekannten
Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes ist zu
einem „Fall Behrens“ geworden mit allerlei unlieb-
samen Begleiterscheinungen. Wir haben nicht früher
über die Angelegenheit berichtet, weil wir die
Stellung der maßgebenden Instanzen abwarten
wollten und weil der „Fall“ in erster Linie dem
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter anging. Die-
ses Verhalten unsererseits war jedenfalls korrekt.

Wie bekannt sein dürfte, stimmte Kollege Behrens
bei der zweiten Sitzung für den Paragrafen sieben
des Vereinsgesetzes (S 12 des Gesetzes). Das
sollte einen Entlassungssturm aus in weiten Kreisen
der christlich organisierten Arbeiterschaft, vornehmlich
aber in den Reihen der Bergarbeiter. Die Erregung
war nicht unbegründet. Der genannte Paragraf
bedeutet unstrittig eine Verschlechterung des Koali-
tionsrechtes. Besonders kann er den Bergleuten
gefährlich werden. Im Industriegebiet ist der Zu-
zug Fremdsprachiger ein ungeheurer. Die
Berggewaltigen ziehen systematisch zur Schwächung
der Arbeiterbestrebungen Leute heran, die nicht
deutsch verstehen. Unter Anwendung großer Mittel
und Opfer betreibt der christliche Bergarbeiter-
verband die Organisierung der Ausländer und Polen.
Wenn nun ein Beamter dieses Verbandes seine Zu-
stimmung gibt zu einem Gesetz, das diese Organi-
sationsbestrebungen erschwert oder gar unmöglich
machen kann, so muß das eine Enttäuschung hervor-
rufen.

Dazu kam noch folgendes, was die Erregung er-
klärlicher macht. Die politischen Kampfeswogen
für und wider das Gesetz gingen hoch. Mit einer
seltenen Schärfe und Hartnäckigkeit ist um das Gesetz
gekritten worden. Die Zentrumsblätter, die von
einem gewissen, vielleicht dem größten Teile der Mit-
glieder der christlichen Gewerkschaften als ihre parti-
politischen Organe gelesen werden, führten einen
heftigen Krieg gegen den ominösen Paragrafen.
Nach der „verhängnisvollen“ Abstimmung beflechte
es ein Teil der Zentrumsblätter den „Gewerkschafts-
führer“ Behrens in einer Art in die Debatte zu
ziehen, die Verwirrung anzufachen mußte. Jeden-
falls ist das ruhige gewerkschaftliche
Ueberlegen durch den leidenschaftlichen
Parteilampf nicht unbedeutend getrübt
worden. Die Gemüter der christlichen Bergleute
waren ohnehin durch die „famose“ Knappschäfts-
novelle aus der Ruhe gebracht. Dazu kommt noch,
daß der christlich organisierte Bergarbeiter einer
wildem, raffinierten sozial. Agitation gegenüber seine
Idee und seine Führer Tag für Tag verteidigen
muß. Der bekannte Ruschke Latit: „Tretet die
Führer vor den Rauch und streichelt die Mitglieder“,
war durch die Haltung Behrens Material geliefert.
Dann waren in den ersten Tagen die Motive, die
den Kollegen Behrens zu seiner Stellungnahme be-
wegten, unbekannt. Es war überall die Meinung
verbreitet, daß Behrens der politischen Konstellation
zuliebe die gewerkschaftlichen Grundzüge einfach miß-
achtet habe. Das alles läßt die Erregung über die
Abstimmung Behrens begreiflich erscheinen.

Heute, wo die Situation geklärt ist, steht fest, daß
keine bewusste prinzipielle Verletzung
der gewerkschaftlichen Grundzüge seitens des Kollegen
Behrens vorliegt. Die Stellung Behrens ist
lediglich der ehrlichen Absicht entsprun-
gen, durch die Abstimmung der gesamten
Gewerkschaftsbewegung zu nutzen. Behrens
nimmt bekanntlich in der ersten Sitzung — jedes
Gesetz hat drei Lesungen zu durchlaufen — gegen
in der zweiten für und in der dritten gegen den
Sprachenparagrafen und für alle Verbeis-
rungsanträge. Die Abstimmung Behrens in der
zweiten Sitzung entsprang folgenden Beweggründen:
Die Regierung wollte unter keinen Umständen den
gefährlichen Paragrafen fallen lassen, die Konser-
vativen forderten kategorisch den Jugendlichen-
Paragrafen. Biel das ganze Gesetz, denn wäre
vom preussischen Landtage noch schlimmeres zu er-
warten gewesen. Behrens versuchte deshalb eine
Erklärung des Staatsministers zu provozieren, um
dadurch die schlimmsten Gefahren des
Paragrafen sieben von den Gewerk-
schaften abzuwenden. Diese taktischen Erwä-
gungen veranlassen Behrens, in der zweiten Lesung
mit „Ja“ zu stimmen. Staatsminister von Bethmann-
Hollweg gab denn auch folgende Zusicherung:
„Dann hat der Abg. Graf die Festsetzung
geprochen, daß durch die Anwendung des § 7 des
gewerkschaftlichen Organisationsgesetzes werden könnte.
Ich glaube mich auch demgegenüber zu der bestimmten
Annahme berechtigt, daß, soweit die vom Abg. Graf
bezeichneten Arbeiterorganisationen in Betracht kommen,
sie durch eine ungenügende Anwendung des § 7 in ihrer
Tätigkeit nicht beeinträchtigt werden.“
Nun mögen Ministererklärungen wenig zu be-
deuten haben, die ehrliche Absicht Behrens

... und doch anerkannt werden. Schon aus der Tatsache, daß Behrens in der ersten und dritten Lesung gegen den ominösen Paragraphen und für die Verbesserungsanträge stimmte, geht hervor, daß von einer prinzipiellen Zustimmung, von einer Wertschätzung der gewerkschaftlichen Grundsätze seitens Behrens durchaus keine Rede sein kann. Dem Kollegen Behrens Verrat der Arbeiterinteressen vorzuwerfen, wie es von der sozialdemokratischen und einem Teile der bürgerlichen Presse geschah, ist eine bittere Ungerechtigkeit. Die Person des Kollegen Behrens ist über allen Verrat erhaben. Behrens hat unter den allerschwersten Verhältnissen und unter Aufwendung der größten Opfer der christlichen Gewerkschaftsbewegung durch das Diktat der Vorurteile und Geminnisse in evangelischen Kreisen die Wege geebnet. Seiner rastlosen Tätigkeit ist es zu verdanken, wenn die Solidarität und das Bewußtsein der gewerkschaftlichen Interessengemeinschaft zwischen fast und evangl. Arbeitern lebendig ist und auch in evangl. bürgerlichen Kreisen die Sympathie für unsere Bewegung von Tag zu Tag wächst wurde. Die Entwidlung des christlichen Gewerkschaftsgedankens unter den Evangelischen ist mit der Person des Kollegen Behrens unzertrennlich verbunden.

Taktik Behrens nicht gutzuheißen.

Der Sprachenparagraph bedeutet eine Ausnahmehesprechung für Hunderttausende von Reichsangehörigen, ein Eingriff in das Konstitutionsrecht der Arbeiter. Das Konstitutionsrecht aber ist der Lebensnerv der Gewerkschaften. Keine taktischen Erwägungen dürfen über Grundprinzipien unserer Bewegung hinweggehen, ebensowenig parteipolitische Anschauungen. Wohin kämen wir, wenn parteitaktische Erwägungen bestimmend für die Haltung bei sozialpolitischen Gelegenheiten sein sollten? Es kann aus parteitaktischen Gründen hingehen, für eine Buchhausvorlage oder für Verschlechterung des Reichstagswahlrechtes zu stimmen. Damit wäre aber den Arbeitern der Boden entzogen, auf dem sie sich in ihren Standesbestrebungen bewegen müssen. Weil der Sprachenparagraph eine Verletzung unserer gewerkschaftlichen Grundsätze bedeutet, ist die eingeschlagene Taktik des Kollegen Behrens zu mißbilligen. Ihm darum aber gleich den Stuhl vor die Türe zu setzen, lag gar keine Veranlassung vor. Der Ausschluß des Gesamtverbandes ist in dieser Sache zu folgender Entscheidung gekommen:

Der Ausschluß des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hat aus einer eingehenden Besprechung über die Haltung des Kollegen Abg. Behrens zum Vereinsgesetz und den persönlichen Erwägungen des Ausschusses den Beschluß erlangt, daß Abg. Behrens bei seiner Abstimmung zum Vereinsgesetz die christliche Absicht verfolgte, der gesamten Gewerkschaftsbewegung zu nützen und sie vor den schlimmsten Wärtungen des § 7 (12) des Gesetzes nach Möglichkeit zu schützen.

Der Ausschluß kann deshalb in der Haltung des Abg. Behrens eine prinzipielle Zustimmung zum § 7 (12) des Gesetzes nicht erblicken. Diese Ausnahmehesprechung bedeutet zwar auch nach Ansicht des Ausschusses für die gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Bestrebungen zur Förderung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, da in Deutschland viele Tausende nicht beruflich lebende in- und ausländische Arbeiter beschäftigt werden, eine schwere Schädigung. Die Abstimmung des Abg. Behrens ist aber als eine taktische Maßnahme zur Erreichung der bekannten Erklärung des Staatssekretärs des Reichsanwaltes des Inneren betr. die Anwendung des Sprachenparagraphen auf die Gewerkschaftsbewegung anzusehen.

Der Ausschluß erklärt jedoch: Das Vereinsgesetz enthält Ausnahmehesprechungen gegen Sozialminderheiten, welche auf keinen Fall die Zustimmung eines christlichen Gewerkschaftsleiters finden dürften. Er mißbilligt daher die taktische Haltung des Abg. Behrens auf das entscheidende, während indessen in vollem Umfang seine schwierige Situation.

Der Ausschluß sieht in diesem Eingriffsverbot keinen Grund, dem Kollegen Behrens das Vertrauen zu entziehen, umso weniger, als er bei der entscheidenden Abstimmung über das Gesetz allen Bestrebungen zugunsten der Gewerkschaftsbewegung zugunimmt und den § 7 (12) abgelehnt hat.

Ferner weiß der Ausschluß mit aller Entschiedenheit die Besuche eines Teiles der Presse zurück, die katholischen und evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften konfessionell zu verketzen und sie in Gegensatz zu bringen. Er fordert alle Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auf, sich durch keinerlei Konventionen in ihrer treuen Arbeit für unsere Bewegung hindern zu lassen.

Schließlich richtet der Ausschluß — um ähnliche Vorfälle in der Zukunft zu vermeiden — an den Gesamtverband des Gesamtverbandes das Ersuchen, diejenigen Abgeordneten, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, zu veranlassen, in den Parlamenten eine engere Fühlung miteinander zu halten und sich über ihre Stellung zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterpolitik zu verständigen.

Auch der Vorstand des Gesamtvereins christlicher Bergarbeiter, dessen Generalsekretär Herr Behrens ist, hat in gleichem Sinne Stellung genommen. Soweit der „Sozial Behrens“ an sich, einiges noch über die Begleiterscheinungen.

Ein Teil der Zentralspreiße mißte sich in den Streikfall ein in einer Art, die sich die christlichen Gewerkschaften ganz entschieden verbieten müssen. Man jagte den politischen Gegner Behrens in seiner Eigenhaft als Gewerkschaftsjahrer fast zu stellen. Es wurde einfach Anjagung des Kollegen Behrens von jenem Gewerkschaftsjahrer verlangt. Die christlichen Gewerkschaften lassen sich aber von keiner Seite Verhöhnungen machen; sie stehen auch jeder Anjagung selbständig unabhängig da und müssen jede Grundsatzung in ihre eigenen Angelegenheiten selbständig zurückerufen. Das „Zentralblatt“ und der „Berghammer“ haben denen, die es angeht, schon das Richtige zu verstehen gegeben.

Aber auch unsere comunistischen Kollegen und die ihnen nahe stehende Presse haben arg über die Stränge geschlagen. Der „Berghammer“ brachte eine ziemlich scharfe Kritik über die Abstimmung Behrens. Dadurch schürfte sich eine große Anzahl Mitglieder des Gesamtvereins im Ruhr- und Saarrevier lebendig und protestierten. Und das in einer u. G. unberechtigten und unglücklichen Weise. Die evangelische Zeitschrift „Die Arbeit“ und andere evangelische Blätter schrieben: „Hinter Behrens steht geschlossen wie ein Mann die gesamte evangelische Arbeiterenschaft, soweit sie in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vertreten ist.“ Durch solche Stellungnahmen haben jene Zeitungen der Sache sehr keinen guten Dienst erwiesen. Sie machten dadurch die Sache zu einer rein persönlichen und ungewissen. Der „Sozial Behrens“ war aber eine

reine Gewerkschaftsangelegenheit, wobei es Rücksicht auf Konfession oder Person niemals geben konnte. Ist denn die Zugehörigkeit der evangelischen Arbeiterenschaft zu den christlichen Gewerkschaften an Personen gebunden? Doch wohl nicht! Ueber der Person muß stets die Sache stehen, einerlei ob Kollege Behrens oder ein anderer dabei in Frage kommt. Ein Führer, der mit vollem Bedacht die gewerkschaftlichen Grundsätze verlegt, kann kein Führer mehr sein. Und ein Arbeiterabgeordneter ist insoweit für seine politische Tätigkeit den Gewerkschaftsinstanzen Rechenschaft schuldig, als die Grundbedingungen unserer Gewerkschaftsbewegung dabei in Mitleidenschaft gezogen sind. Ob das Zentrum abgeordnete oder Christlich-Soziale sind, kann fürchtbar egal sein. Wenn unsere Führer im Reichstage sich bei ihren Entscheidungen lediglich von parteipolitischen Erwägungen leiten lassen wollten auch in Dingen, bei denen die Grundfragen der christlichen Arbeiterbestrebungen in Betracht kommen, dann würde das einfach auf den Ruin unserer Gewerkschaften hinauskommen. Von diesem Grundsatz werden sich die Instanzen der christlichen Gewerkschaften führen und sich dabei niemals durch Drohungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, beeinflussen lassen. Das dürfen sie im Interesse unserer Bewegung und der vollständigen parteipolitischen Neutralität der letzteren nicht tun. Die Wahrung der Gewerkschaftsgrundsätze muß über alles gehen.

Offenlich hat die christliche Gewerkschaftsbewegung ähnliche Dinge niemals mehr zu befehlen. Die parteipolitische Neutralität unserer Bewegung ist in den vergangenen Wochen erneut zum Ausdruck gekommen. Der „Vorwärts“ und mit ihm einige Provinzialblätter reden schon von einer „Blockgewerkschaft“. Nun haben sie doch ein neues Schlagwort für das abgebrauchte „Zentrumsgewerkschaften“.

Gemeinnützige Bautätigkeit.

Die Arbeiterfrage ist vielgestaltig. Zu ihrer „Lösung“ müssen die verschiedensten Faktoren auf den verschiedensten Gebieten tätig sein. Selbsthilfe, Staat und Gemeinde sind in erster Linie berufen, die sozialen Nöten unserer Zeit, unter denen besonders der Arbeiterstand leidet, zu lindern und zu heilen.

Eine der notwendigsten Bestrebungen zur Beseitigung des Volkswohles ist die Sorge für gute und billige Wohnungen. Das Aufkommen der Industrie hatte die Zusammenballung großer Arbeitermassen auf eng begrenzten Bezirken zur Folge. Gewissenlose Spekulantenteuten die Umstände aus und verteuerten die Mieten zu einer kaum erträglichlichen Höhe. Und was für Wohnungen wurden gebaut? Große Mietskasernen, die Bewohnern gleichen, beherrschten zahlreiche Familien. Wie viel gesunde und sittliche Gefahren liegen nicht in der Wohnungsnot, welche letztere auf dem Lande so wohl als in der Großstadt zu verzeichnen ist. Auf dem Lande in dem Mangel an Wohnungen, die den gesundheitlichen und sittlichen Forderungen entsprechen, in der Großstadt wohl mehr in dem Mangel an billigen Arbeiterwohnungen.

Erreicht der Arbeiter in den letzten Jahren von verschiedenen Seiten an der Milderung der Wohnungsnot bemächtigt. Und nicht ohne Erfolg, wie die Berichte der gemeinnützigen Bauvereine beweisen. Für die Leistungsfähigkeit der gemeinnützigen Bautätigkeit und die Wichtigkeit der Zentralisation der Bauvereine in einem freien Vereine liefert einen beherbeuten Beweis der jeben erschienenen neuesten Jahresbericht des „Allgemeinen Vereins zur Förderung des Arbeiterwohnwesens“ für 1906/07. Das hier gebotene überreiche Material ist von so allgemeinem Interesse, daß ein kurzes Eingehen auf den Bericht wohl gerechtfertigt erscheint.

Die Hauptursachen des Wohnungsmanngels sind, wie in dem Berichte angedeutet wird, in der starken Vermehrung der Arbeiter und in der Anwendung des Kapitals vom Kleinwohnungsbaue zu jagen. Die in den letzten Jahren beobachtete Tatsache der fortgesetzten steigenden Akkumulation des Kapitals durch die Industrie zugunsten anderer Wirtschaftszweige ist auch im Berichtsjahre wieder von großem Einflusse auf die Wohnungssituation gewesen. In fast allen Städten, aber die Material vorliegt, erreicht die Zahl der neu errichteten Wohnungen bei weitem nicht die Höhe wie im Vorjahre und entspricht nicht der Zunahme der Bevölkerung; die Wohnungsproduktion ist im allgemeinen, häufig allerdings verchieden, erheblich eingeschränkt worden. In Düsseldorf trat der Rückgang in der Bautätigkeit in erster Linie die Kleinwohnungen. Es sind im Jahre 1906 trotz der Zunahme der Bevölkerung um rund 9500 Köpfe alles 803 Kleinwohnungen oder 50,6 Prozent weniger als im Vorjahre errichtet worden. — Als Beispiele werden ferner Krefeld, Barmen, Essen u. a. angeführt. Es zeigt sich im allgemeinen in fast sämtlichen Gemeinden des Vereinsbezirks ein größerer Arbeiterbevölkerung ein erheblicher Mangel an Kleinwohnungen besonders im Winter bemerkbar. Der Wohnungsproduktion ist, an dem meisten Orten noch sehr viel zu tun übrig, ehe auch nur die dringendsten Bedürfnisse befriedigt sind. Der Mangel an guten Arbeiterwohnungen hat sogar die Produktionsfähigkeit der Industrie sehr ungünstig beeinflusst. Um den Wohnungsmanngel nach Möglichkeit zu mindern, wird in dem Berichte vorge schlagen:

Von größtem Werte für eine stärkere Produktion auf diesem Gebiete würde es sein, wenn die Gemeinden sich allmählich ihre bezüglichen Aufgaben, gleiche oder ähnliche Sachverhalte unter der gemeinsamen auch der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zu stellen; ferner die Errichtung von Arbeiterwohnungen, namentlich auch langweilige Projekte der wachsenden Selbsthilfe (nicht der Rettung) über Übernahme der Bautätigkeit. Ein solcher Schritt der Gemeinden erscheint uns so notwendig, als der Zusammenschluß des Kreiswohnwesens darunter nicht in der gemeinsamen Bautätigkeit zu liegen ist, sondern nur bei der gemeinsamen Verantwortung kann. Die jede gewerkschaftliche Unternehmung ist auf die Dauer nicht in der Lage, ohne öffentliche rechtliche Hilfe den nötigen Bedarf an Kleinwohnungen zu befriedigen; es ist daher die Pflicht der Gemeinden, die nötigen Mittel zu stellen. Soll sie ihre Aufgabe erfüllen können, so muß man ihr die Mittel zur Verfügung stellen; die letzten Schritte sind jedoch auf öffentlich-rechtliche Maßnahmen hin zu tun. Die Gemeinden müssen zur Förderung der Wohnungsbauvereine nötigen zur Förderung der Wohnungsbauvereine nötigen Mittel zu stellen. Die Gemeinden müssen zur Förderung der Wohnungsbauvereine nötigen Mittel zu stellen.

um Massenproduktion handelt. Diese kann auf die Dauer weder die öffentlich-rechtliche noch die gemeinnützige Bautätigkeit auf sich nehmen. Beide können im allgemeinen nur vorüberlich und ergebnislos wirken. Eine Gefahr verdrängen wir in der angelegten Unterhaltung der gewerkschaftlichen Bautätigkeit nicht zu erblicken, sofern gewisse Kautelen, die sich besonders auf eine Kontrolle über die richtige Verwendung der Darlehen, die ordentliche Benutzung der Bauwerke, die dauernde Erhaltung ihrer Zweckbestimmung usw. zu erfassen hätten, vorgezogen werden, und ferner nur in nur die solche Bauunternehmung dabei in Frage kommt.

Zur Hebung der Wohnungsverhältnisse empfiehlt der Bericht ferner die Errichtung von Wohnungsnachweisen und deren Ausbau als Gesellschaften zur Wahrung der Interessen der kleineren Mieter. Hinsichtlich der Wohnungsaufsicht weist der Bericht darauf hin, daß nicht allein bauliche Mängel zu ungenügendem Wohnen der Häuser führen, sondern auch eine unrichtige Wohnweise. Das Publikum bedürfe in vielen Fällen der Belehrung über letzteren Punkt. In einem weiteren Kapitel regt der Bericht die Gründung von Wohnungsfürsorgevereinen an, wie sie bis jetzt erst in wenigen Städten vorhanden sind. Die Aufgabe dieser Vereine ist es, hilfsbedürftigen Familien zur Erlangung einer ausreichenden Wohnung und des nötigen Hausrates beizuhelfen zu sein, also die Arbeit der gemeinnützigen Bautätigkeit nach der caritativen Seite hin zu ergänzen.

Ein besonderer Teil behandelt die Entwicklung der gemeinnützigen Bauvereine und schildert die ausgedehnte Tätigkeit, die der Verein bei Neugründung und Reorganisation von Bauvereinen ausgeübt hat, wie er an manchen Orten die Verschmelzung der dort bestehenden mehreren Bauvereine zu einem Gebilde veranlaßt hat, wie die bauliche Tätigkeit der Vereine in erfreulichem Maße gestiegen ist und auf welcher soliden finanziellen Unterlagen die Bauvereine des Rheinlands ruhen.

Darauf bestehen jetzt im Rheinlande insgesamt 142 Bauvereine, wovon 99 Genossenschaften n. S. V., 7 Genossenschaften n. U. S., 24 Aktiengesellschaften, 9 Gesellschaften n. S. V. und 3 eingetragene Vereine sind. Von diesen haben 123 über ihre Tätigkeit berichtet. Die Gesamtzahl der von ihnen errichteten Häuser beträgt 5193 mit 12397 Wohnungen, wovon 1741 Mietshäuser mit 5717 Wohnungen und 3452 Verkaufshäuser mit 6679 Wohnungen sind. Das gezeichnete Geschäftskapital beträgt 10.120.000 M., das bar eingezahlte Kapital 8.651.000 M., die Reserven 1.048.000 M. Die Selbstkosten der errichteten Häuser betragen mit rund 45 Millionen M. angenommen werden, die mit insgesamt 34,5 Millionen M. Hypothek belastet sind. Dem Kreisverbande Rheinischer Baugenossenschaften gehören 73 Genossenschaften und einige Bauvereine anderer Rechtsformen an.

Es wagt sodann im Bericht die Stellung der öffentlich-rechtlichen Korporationen und der Arbeitgeber zum Arbeiterwohnwesen. Hier ist hervorzuheben die Stellungnahme der Landesversicherungsanstalt und der Berufs-genossenschaften: Von der Landesversicherungsanstalt in Rheinprovinz wurden bis Ende 1907 für Arbeiterwohnzwecke überhaupt 37.639 Millionen Mark bewilligt, wovon 4.864 Millionen auf das Jahr 1906 und 5.33 Millionen Mark auf 1907 entfallen. Ausbezahlt von dieser Summe wurden bis Ende 1907 rund 33 Millionen Mark. Von der zuerst genannten Summe wurden bewilligt bis Ende 1906: an gemeinnützige Bauvereine 23.597 Millionen Mark oder 73% der insgesamt für Arbeiterwohnungen bewilligten Beträge, bis Ende 1907 = 27,5 Millionen Mark, an Kreise, Städte, Gemeinden, öffentliche Sparcassen, 7.474 Millionen Mark oder 23%, an Einzelpersonen (Versicherte) mit und ohne Garantie von Bauvereinen, dem Gesamtbetrag 1.432 Millionen Mark oder 4,5%. Der Zinsfuß der Darlehen beträgt 3%, die Tilgung wird je nach der Art des Darlehensnehmers und des betreffenden Objektes verchieden bemessen; sie soll in der Regel nicht unter 1 1/2% jährlich betragen. Vielfach hat die Landesversicherungsanstalt diesen Satz aber auf 1% ermäßigt. Bemerkenswert ist noch, daß die Landesversicherungsanstalt einer Reihe von Baugenossenschaften, die von der Anstalt besonders hohe Darlehenssummen erhalten haben, als Mitglied beigetreten und in den Aufsichtsrat derselben eingetreten ist.

In der Beteiligung der gewerblichen Berufs-genossenschaften ist eine Aenderung bisher nicht eingetreten. Die Maschinenbau- und Klein-eisenindustrie-Berufs-genossenschaft ist noch immer die einzige Berufs-genossenschaft, die sich an der Förderung des Arbeiterwohnwesens beteiligt; sie hat bis jetzt an zwei (weissaldische) Bauvereine Darlehen in Gesamthöhe von rund 200.000 Mark ausbezahlt und neuerdings auch dem Spar- und Bauverein in Düsseldorf ein Darlehen von 125.000 M. zu 3 1/2% Zinsen und 1 1/2% Tilgung bewilligt. Nachdem der Baugenossenschaftsvorstand am 11. Oktober 1906 beschlossen, in besonderen Fällen die Beteiligungsgrenze bis auf 66 2/3 v. H. des ursprünglich bewilligten Betrages auszuweihen, hat er am 5. Juli 1907 den Beschluß gefaßt, auch an Gemeinden oder an Private unter Bürgschaft der Gemeinden Hypothekendarlehen zum Zinsfuß von nicht über 3 v. H. zu gewähren und sowohl neuerbaute oder zu erbauende, wie auch in zweiter Linie ältere Arbeiterwohnhäuser zu beleihen.

Es ist Pflicht der Arbeiter, die gemeinnützigen Bauvereine soviel wie möglich zu unterstützen. Manchem wird von Arbeiterseite dem letzteren ein unbedingtes Mißtrauen entgegengebracht. An anderen Orten stehen sie den Bestrebungen indifferent gegenüber. Doch ist das Vorurteil und der Indifferenzismus erfreulicher Weise immer mehr in Schwanden begriffen. Die Regelung der Wohnungsfrage ist für die Arbeiter eine hochwichtige Sache, deshalb sollen sie ihre Unterstützung hierzu niemals verweigern.

Der Kachener „Wahrheitsapostel“.

Noch ein Beitrag zur „Genossen“-Taktik.
Wir erhalten von unserem Krefelder Bezirksleiter, Kollegen Peß, folgende Zuschrift:
In Nummer 16 des „Textilarbeiters“, Organ des sozial. Textilarbeiterverbandes, vertritt „Genosse“ Kuhn, Filialleiter in Kachen, einen Artikel, der sich mit den Bedingungen befaßt, unter denen in Kachen das Zweifelhafte probeweise eingeführt werden soll. Soweit diese Bedingungen in Frage kommen, überlasse ich dem Kampffeld meinen Kachener Kollegen. Ich sehe mich aber genötigt, dem „Genossen“ etwas zu antworten, soweit er in seinem Artikel auf meine Person Bezug nimmt und auf Krefelder Angelegenheiten zurückgeht. Die christliche Kampfbildung des „Kachener“ Organes erhält dabei eine ganz eigenartige Beleuchtung.

Am 30. März wurde von unserem Kachener Kollegen das Ersuchen an mich gerichtet, in eine Versammlung nach dort zu kommen. Ich kam dem Wunsch nach. Das Versammlungslokal im Zoologischen Garten, das über 2500 Personen faßt, war von Mitgliefern des christlichen Textilarbeiterverbandes besetzt. Nach Öffnung der Versammlung verlas unser dortiger Bezirksleiter Siffert eine Eingabe bezgl. des Zweifelhafte, die die Fabrikanten an den Oberbürgermeister gerichtete hatten. Darauf folgte eine Diskussion ein, an der auch ich mich beteiligte. Meine Ausführungen mußten dem „Genossen“ Kuhn wohl auf die Nerven geschlagen sein, wie folgender Brief beweist, den er an mich richtete:

Kachen, den 31. 3. 1908.
An den Herrn Gewerkschaftssekretär Peß in Krefeld!
Der Filialleiter der christlichen Textilarbeiter, Siffert in Kachen, Schumacher, erzählte mir, Sie hätten in der gestrigen Abend in der Glassalle des Zoologischen Gartens u. a. ausgeführt: Ich wäre mit Ihnen bei Königsberger vorstellig geworden, um das Zweifelhafte abzuhaken, in einer darauffolgenden Fabrik-Versammlung hätte ich für das Zweifelhafte Stellung genommen und wäre es alsdann daraufhin eingeführt worden. Sie werden so freundlich sein, mir baldmöglichst Antwort zu geben, was Sie von dem Gesagten aufrecht erhalten wollen, vorausgesetzt, daß Sie solche Ausführungen überhaupt gemacht haben. Ferner sollen Sie ausgeführt haben: Ich hätte Ihre Gebärde (?) oder Brude bei Königsberger hinausgedrängt. Nach einem Bericht in hiesigen Zeitungen entnehme ich Ihren Ausführungen ferner, daß ich Schuld an die Einführung des Zweifelhafte bei Königsberger sei. In einer persönlichen Unterredung mit Ihnen hätte ich gekußert auf eine diesbezügliche Frage ihrerseits: An anderen Stellen ist es, und da ist es auch bei uns nicht abzuhaken.
Maxie liegt bei und erwarte ich mit Bestimmtheit Antwort.
S. Kuhn, Kachen, Burgstraße 7.

Nachdem erfahre ich, daß noch andere Gerüchte kursieren, sollten Sie noch weitere Ausführungen gemacht haben, die eine Spitze gegen meine Person haben, so werden Sie gefl. mit auch davon Mitteilung machen. Kuhn.

Meine Antwort auf diesen Brief lautete:
„Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, I. Verbandsbezirk.“
Krefeld, den 1. April 1908.

Herrn Ludwig Kuhn, Kachen.
Teile Ihnen hierdurch mit, daß die von mir gemachten Ausführungen anders gelaute haben, als die mir durch Schreiben von Ihnen übermittelten. Nur ein Satz ist richtig, nämlich der zuletzt von Ihnen angeführte: An anderen Stellen ist es u. a. und bei uns war es auch nicht mehr aufzuhalten. Zum Schluß bemerke ich noch zu Ihrem Nachsatz: Ich kämpfe gegen falsche Ansichten und nicht gegen Personen, damit fallen die von Ihnen angebotenen Gerüchte zusammen.
Jakob Peß, Krefeld, Königstraße 51.

Nun ist es interessant zu erfahren, welche Manöver „Genosse“ Kuhn mit meinem Antwortschreiben ausführt, um unsere Kachener Kollegen und mich als die Schwindler hinzustellen. Kuhn verwerft meinen Brief nämlich in oben genanntem Artikel des „Textilarbeiters“. Er veröffentlicht zuerst folgende Stelle aus einem Kachener christlichen Flugblatt:

„Unser Kollege Peß hat im Beisein des Bürgermeisters das Einflusssystem der Firmeninhaber vordem verteidigt und zwar mit Erfolg. Der neue Kachener Filialleiter und Unterzeichner sämtlicher roten Flugblätter war bei der Firma Königsberger Auszubildig und hat die Verhandlungen mitgemacht.“
Ein Jahr später hat die Belegschaft Königsberger das Einflusssystem ohne Verbandsvertreter eingeführt. Der Kachener Filialleiter Kuhn (damals noch Auszubildig) wurde vom Kollegen Peß hierüber zur Rede gestellt, und was erklärte der Genosse:
Was will man machen, es ist überall, es war nicht mehr aufzuhalten.

Nach dem letzten Flugblatt der Genossen bezeichnet sich Kuhn als selbst als der größte Verräter.
Zwei weitere Genossen, Kosen und Hendrix, durchtraden bei dieser Firma die vereinbarten Bedingungen.

1. Indem sie auf zwei Stühlen arbeiteten, obgleich ein Teil der Arbeiter arbeitslos war.
2. Indem sie den Arbeitern in einer Fabrikversammlung arrietten, auf einem Artikel den Lohn um 1/4 herabzusetzen, dafür solle die Firma gutes Material liefern, und hier war Genosse Kuhn Auszubildig.

Nun bringt es Kuhn fertig, hierzu folgende Bemerkungen zu machen:
„In der Glassallenversammlung hat sich dieser Wahrheitsapostel Jakob Peß nach Auslagen christlicher Verbandsmitgließer noch weit scharfer ausgedrückt. Auf eine diesbezügliche Anfrage an Herrn Peß, was er von den Behauptungen aufrecht zu erhalten gedenke, mit der gleichzeitigen Bitte, sofern er noch weiteres gegen meine Person ausgeführt haben sollte, mir das Ausgeführte mitzuteilen, erhielt ich folgende Antwort:

Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, I. Verbandsbezirk.
Krefeld, den 1. April 1908.

Herrn Ludwig Kuhn, Kachen.
Teile Ihnen hierdurch mit, daß die von mir gemachten Ausführungen anders gelaute haben, als die mir durch Schreiben von Ihnen übermittelten. Nur ein Satz ist richtig, nämlich der zuletzt angeführte: An anderen Stellen ist es u. a. und bei uns war es auch nicht mehr aufzuhalten. Zum Schluß bemerke ich noch zu Ihrem Nachsatz: Ich kämpfe gegen falsche Ansichten und nicht gegen Personen, damit fallen die von Ihnen angebotenen Gerüchte zusammen.
Jakob Peß, Krefeld, Königstraße 51.

Anstatt mein Antwortschreiben gleichzeitig mit seinem Briefe zu veröffentlichen, wie es Pflicht eines christlichen Kampfers gewesen wäre, setzt „Genosse“ Kuhn erstens unter die Behauptungen unserer Kachener Kollegen. Dadurch führt er die Öffentlichkeit auf die unwissenschaftliche irrt. Denn jeder Leser des „Textilarbeiters“ muß nun glauben, daß ich die Ausführungen in dem Flugblatt als unwarne zugegeben und meine Kollegen selbst als Schwindler bloßgestellt hätte. Genosse Kuhn entpuppt sich hier als ein Mann, der es mit der Wahrheit sehr lag zu nehmen scheint. Wer wir wissen ja, warum! Spiegelberg, wie kennen dich!
Um dem Herrn Kuhn aus der Verlegenheit zu helfen, will ich die in der Versammlung von mir gemachten Ausführungen hier mitteilen.
Als ich das Wort zur Diskussion erhielt, fragte ich zuerst an, ob die Versammlung angemeldet ist. Diese Anfrage wurde bejaht. Es wird dieses mandats befreiblich erscheinen, und doch mußte ich zu handeln, weil das Gesetz keine Entschuldigung gelten läßt. Als ich nämlich bei der Bewegung von Kachener ein mal unsere Mitglieder zu einer Versammlung zusammenrief, beantragten mich bei der Schöffe zwei Genossen, und ich wurde mit 20 Mat

bestraft. Nach dieser Anfrage nahm ich ein Flugblatt...

aus eigener Anschauung weiß jeder Weber, das es mit dem Zweifelhafte eine Veredelung des einzelnen Arbeiters gibt...

Schlußpunkte dann an diesen Passus folgendermaßen an: Wenn das wahr ist, was der Genosse Kühnen dort schreibt...

Bei der Firma Königsberger sollte das Zweifelhafte eingeführt werden, und es fand aus diesem Anlaß eine Besprechung zwischen dem Firmeninhaber...

Eine Zeitlang nachher, Februar 1907, stand eine Notiz in der sozialdemokratischen Volksstimme...

Während dieses Gesprächs, war Kühnen noch als Arbeiter, nicht als Ausschußmitglied, bei der Firma tätig...

Somit meine Ausführungen über die Firma Königsberger mit dem Hinzufügen, daß der Genosse Kühnen...

Bei anderen Firmen ist es eingeführt, bei uns war es auch nicht mehr aufzuhalten...

Vor der Abstimmung über eine von einem Arbeiter eingebrachte Resolution, die mit mindestens 2000 Stimmen angenommen wurde...

Das sind meine Ausführungen, denen ich noch hinzufüge:

- 1. In der sozialdemokratischen Zeitung stand im Februar 1907 ein Artikel, der sich mit der Einführung des Zweifelhafte bei Königsberger befaßte...
2. Genosse Kühnen führte in der Besprechungsversammlung...
3. Obgleich in den Abmachungen festgelegt war, daß niemand gezwungen würde...
4. Genosse Kühnen hat zweimal mit mir in Kreisel über die Firma Königsberger gesprochen...
5. Die Genossen Hendrix und Wossen haben zweimal die Vereinbarungen durchbrochen...
6. Die Genossen Hoffes und andere waren diejenigen, welche bei Kniffler das Zweifelhafte zuerst bedienten...
7. Zwei Brüder von mir wurden bei Düsselberg entlassen...

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistellungen. Sonderbar wohlwollend sind die Herren Arbeitgeber der Firma Hub. Schwarz, Aktienweberei in Grefrath...

sich die Arbeitgeber veranlaßt, die Lohnreduzierung zurückzunehmen. Man könnte meinen, daß dies eine gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wäre...

Noch bei Nürnberg. In der hiesigen Filzfabrik wurde von seiten der Firma der am 11. Mai ablaufende Tarif kündigt. Die Firma erlaubte sich, gleichzeitig eine Änderung in zwei Punkten zu ihren Gunsten vorzunehmen...

Zum Schluß wäre noch darauf hinzuweisen, daß die Hirschen und die Roten ohne uns vorgehen wollten. Als aber die von ihnen einkaufene Versammlung nur von einem knappen Dutzend Leute besucht war...

Warendorf. Bereits sechs Wochen sind verfloßen, daß die Arbeiter bei der Firma Brinckhaus wegen Lohnreduzierung die Arbeit niedergelegt haben. Wohl ist es der Firma gelungen, durch einen minderwertigen Ersatz etwas Pufferzeit zu erhalten...

Warendorf, den 2. Mai 1908. G. Brinckhaus. Man sollte es kaum für möglich halten. Einerseits gibt die Firma jetzt zu, den Lohn um 20 Prozent reduziert zu haben...

Aus unserm Bezirk.

Rappenzwiler (Ober-Ob.). Goch lebe der preussische Polizeigeist! Vor einigen Wochen erging seitens der Kreisdirection in Nürnberg ein Wirt des Kreises ein Verbot, worin auf eine bestehende Besatzungsordnung aufmerksam gemacht wird...

nehmigten Lokalen stattfinden dürfen. Derartige Lokale in den für unsere Organisation in Betracht kommenden Orten überhaupt nicht vorhanden sind...

Die Auflösung der einen Versammlung hatte noch ein lustiges Intermezzo zur Folge. Der Wirt ließ nämlich zum Gaudium der Anwesenden mittels des Phonographen einen Referenten auftreten...

Doch Spaß bei Seite. So arbeiten bei uns preussischer Polizeigeist und Scharfmäckerhand in Hand, um das Aufstreben unserer Bewegung zu hemmen. Denn auch die Betriebsleitung hat ihren Widerstand gegen unsere Organisation noch nicht aufgegeben...

Wären die Arbeiter selbst nicht vergessen, daß je mehr die Behandlung zuteil wird, die er verdient. Man sollte meinen, derartige Vorgänge müßten die Arbeiterschaft aufritteln und sie veranlassen, nun erst recht der Organisation beizutreten...

Darum Kollegen und Kolleginnen aus dem Sundgau, aufgemacht! Schließt euch der Organisation an. Bedenkt: Nur de dem kann geholfen werden, der sich selbst zu helfen gewillt ist...

Aus unserer Industrie.

Aus der rheinisch-westfälischen Textilindustrie. Die anhaltend stauende Lage der Rohstoffmärkte hat die jetzt schon seit bald drei Monaten in der Textilbranche herrschende Zurückhaltung noch bedeutend verschärft...

Obgleich die Erntestatistik haufegünstig ist, sind die Rohstoffpreise in den letzten Wochen stetig weiter gesunken. Wohl in erster Linie infolge der ungünstigen Lage der Textilindustrie in Amerika...

Die Spinnereien und Webereien klagen über den Eingang der Rohstoffe. Für die Baumwollindustrie macht sich diese starke Zurückhaltung allmählich durch unzureichende Beschäftigung geltend...

Augenblicklich erscheint die Ueberproduktion in Garnen noch unbedeutend, da aber in letzter Zeit viele neue Spinnereien in Betrieb kamen...

Verpätung ab, so daß in den Kesselwebereien vielfach auf Lager gearbeitet werden muß. Es stellt sich jetzt heraus, daß viele Konventionen durch den guten Geschäftsgang der letzten zwei Jahre sich veralten ließen...

Infolge großen Angebots sind die Preise für Gewebe nicht unerheblich gewachsen. Es notieren Reichsneffell 86c 14/14, 20/20 27-27 1/2 Pfg., Druckenell 78c 16/16, 20/20 27 1/2-28 Pfg., bei diesen Verkaufspreisen bleibt dem mit teuren Garnen bedachten Weber kaum noch ein Nutzen.

Bei den Großfilzen der Baumwollwarenbranche läßt der Verkauf auch manches zu wünschen übrig, da die Detailisten nur den momentanen Bedarf eindecken. Wie lange diese Zurückhaltung noch vorherrschen wird, ist vorerst nicht abzusehen.

Die Baumwollbau in Deutsch-Ostafrika möglich?

Ein Interview mit einem Textil-Großindustriellen.

Zu dieser Frage schreibt die „Kolonialpost. Korrespondenz“: Wir nahmen Gelegenheit, einen Großkaufmann aus der Baumwollbranche über seine Studien in Deutsch-Ostafrika zu befragen...

Es ist bisher grundtätlich der Fehler gemacht worden, daß man Baumwollpflanzungen auf den grünen und schmalen Strichen und Winkeln, die wasserreich genug sind, um im Sommer nicht alle Vegetation aussterben zu lassen, angelegt hat...

Ich verstehe nicht, wie man diesen Fehler immer wieder machen kann. Es ist doch bekannt genug, daß Baumwolle eine bestimmte Menge Wasser braucht, und zwar zu gewissen, begrenzten Zeiten. Der Boden braucht noch lange nicht so gut zu sein, wie für Weizen...

Wo soll Baumwolle gebaut werden?

Wo sollen wir nun Baumwolle bauen, und wo der Anbau überhaupt zu empfehlen? Ich meine, der Boden ist quantitativ und qualitativ gemügend...

Die sind ja dürr! wird man mir entgegenhalten. Hier fehlt der Fehler. Es sind nämlich Flüsse und Gewässer genug da, um das ganze Gebiet zu bewässern. Ich begreife nicht, wie man diesen Umstand so fast ganz übersehen konnte...

Statt dessen baut aber z. B. das landwirtschaftliche Institut in Amant 26 Hektar Baumwolle. Jedem Baumwollpflanzler war sofort klar, daß die Kultur nur bei günstigen Regenverhältnissen gedeihen konnte...

Die bewässerte Steppe ist die günstigste Anbaufläche.

Darum nochmals: gehen wir in die Steppe, flauen wir dort die Flüsse und bauen große Wasserläufe, dann wird die ostafrikanische Baumwolle in kürzester Zeit ihren eigenen Markt haben. Damit ist wohl die Frage beantwortet, ob der Anbau überhaupt in größerem Maße empfehlenswert ist...

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Der „Siege“ des christlichen Gewerkschaftsführers Peter Geier. Unter dieser Spitzmarke artikuliert Brüggemann, der Gauleiter des „freien“ Textilarbeiterverbandes in Bayern, in der roten Presse über den Ausgang des bekannten Verleumdungsprozesses. Vor allem will der „hochhabende“ Sozialführer herausgefunden haben, daß Kollege Geier bezüglich der Kolbormoarer Geschichte schon des öfteren „eine bedeutliche Gedächtnischwäche“ bekundet habe...

